

Erscheint wöchentlich siebenmal. Schriftleitung (Telefon interurban Nr. 2870) sowie Verwaltung und Buchdruckerei (Telefon interurban Nr. 2024): MARIBOR, Jurčičeva ul. 4; Filialredaktion in BEOGRAD, Simina ul. 17. Briefliche Anfragen Rückporto belegen.



Abbestellen- u. Abonnements-Annahme in Maribor: Jurčičeva ul. 4 (Verwaltung) Bezugspreise: Abholen, monatl. 23 Din, zustellen 24 Din, durch Post monatl. 25 Din, für das übrige Ausland monatl. 35 Din. Einzelnummer 1 bis 2 Din. Manuskripte werden nicht retourniert.

Mariborer Zeitung

Montags-Ausgabe

Das Königspaar in Sinaia

Besuch bei König Carol — Außenminister Jevtić in Begleitung des Königspaares — Inoffizielle Fühlungnahme zwecks Klärung schwebender Fragen

Beograd, 22. Jänner.

Nach einer früheren Vereinbarung trat das jugoslawische Königspaar heute in Begleitung des Außenministers Dr. Jevtić und der Hofsuite die Reise nach Sinaia an, wo der rumänische König Carol die hohen Gäste empfangen wird. Der Auslandsaufenthalt des Herrscherpaares wird nur von kurzer Dauer sein. In Begleitung des Königs und der Königin befindet sich der stellvertretende Hofminister Dr. Colantini, Hofmarschall Dimitrijević, die Adjutanten General Hristić und General Pavlović sowie der Privatsekretär des Königs Vladislav Marković. Die Ausübung der königlichen Macht wurde für

die Zeit des Auslandsaufenthaltes des Königs auf die Regierung übertragen.

Obwohl der Besuch des Herrscherpaares in Sinaia nichtoffiziellen Charakter trägt, so bedeutet er dennoch die Manifestation aufrichtiger Freundschaft zwischen Jugoslawien und Rumänien. Die Anwesenheit des Außenministers Jevtić wird auch dazu beitragen, die definitive Lösung einer Reihe von noch zwischen den beiden Staaten schwebenden Fragen zu beschleunigen.

Wie aus Bukarest berichtet wird, ist der Aufenthalt des jugoslawischen Königspaares in Sinaia auf zwei Tage festgesetzt. Die Mitglieder des rumänischen Kabinetts sind vollzählig nach Sinaia abgereist, um beim Empfang des Königspaares anwesend zu sein.

Direkte Verhandlungen mit Japan lehnt China ab.

Auf Grund dieser Forderungen der beiden Streitpartner ergab sich eine so große Differenz in den Auffassungen, daß der Neunzehnerausschuß keine Möglichkeit mehr sah, zu einer Lösung zu kommen, die von beiden Parteien angenommen würde. Es wird deshalb nun ein Schlichtungsverfahren nach Artikel 15, Absatz 4, eingeleitet werden, zu dessen Erfolg die Zustimmung der beiden Streitpartner nicht notwendig ist. Der Neunzehnerausschuß wird den Konflikt mit einem Tatsachenbericht und Vorschlägen an die Völkerverammlung überleiten. Die außerordentliche Völkerverammlung dürfte voraussichtlich Anfang Februar zusammentreten und bis dahin kann auf Grund neuer Vorschläge auf das bisherige Vermittlungsverfahren zurückgegriffen werden.

Man erwartet, daß Japan versuchen wird, dies zu erreichen, denn der Völkerverbund werde ein endgültiges Urteil darstellen, das für Japan wohl eine Verurteilung bedeuten würde und der japanischen Regierung ein weiteres Verbleiben im Völkerverbund, sehr gegen ihren Wunsch, unmöglich machen würde. Auch China steht unter dem Druck eines Verfalls, das bisher noch niemals zur Anwendung gebracht werden mußte.

Unüberbrückbare Gegensätze

Der Schlichtungsversuch des Völkerverbundes im Konflikt zwischen China und Japan gescheitert

Genf, 22. Jänner.

Der Schlichtungsversuch des Neunzehnerausschusses der Völkerverammlung im Konflikt zwischen China und Japan ist gescheitert. Die Angelegenheit wird nun zur Fortsetzung des Schlichtungsverfahrens an die außerordentliche Völkerverammlung übergehen.

Die Neunzehnerkommission hat gestern nach zweieinhalbstündiger Sitzung festgestellt, daß die Bemühungen, die Zustimmung der beiden Parteien zu einer Schlichtung auf Grund des Artikels 15, Absatz 3, des Völkerverbundes zu gewinnen, erfolg-

los geblieben sind. Japan forderte, daß Rußland und Amerika an der Vermittlung nicht teilnehmen, daß weiter der Lyttton-Bericht nur als Grundlage eines Lösungsversuches anerkannt werde und alle Stellen aus dem Bericht entfernt werden, die eine Mißbilligung der Anerkennung des Mandschukustates durch Japan bedeuten. China hatte in diesen Punkten die den japanischen genau entgegen gesetzten Forderungen aufgestellt und weiter verlangt, daß die vorgegebene Schlichtungskommission nicht nur eine Vermittlerfunktion erfüllen, sondern als Unterausschuß des Neunzehnerkomitees fungieren sollte.

Kinder richten über Kinder.

In London hat sich vor einiger Zeit ein Kindergerichtshof konstituiert, der jetzt vom Staat anerkannt worden ist. Das Gericht ist mit zwei Kindern, einem Knaben und einem Mädchen, besetzt. Natürlich hat das Kindergericht nur über Jugendliche, die unbedeutende Vergehen begangen haben, zu urteilen. Man glaubt jedenfalls, durch diese Einrichtung ein gutes Mittel der Kindererziehung gefunden zu haben, da es erfahrungsgemäß auf Kinder einen stärkeren Eindruck macht, wenn sie sich vor ihresgleichen verantworten müssen, als vor Erwachsenen.

Ein Volk, das nicht frei werden will

Die Philippinen, Land und Leute

Kurz vor seinem Rücktritt hat Präsident Hoover eine schwere Niederlage erlitten: die Unabhängigkeit der Philippinen wurde gegen sein Veto durch eine Zweidrittelmehrheit des Abgeordnetenhauses und des Senats besiegelt. Die verzweifelten Beschwörungen der Minister halfen nichts. Außenminister Stimson hat das Unabhängigkeitsgesetz als katastrophal bezeichnet. Er hat erklärt, daß die Preisgabe der Philippinen einen verheerenden Einfluß auf das wirtschaftliche und moralische Prestige der Vereinigten Staaten haben würde und dies gerade „in einem Augenblicke, wo dort ein Chaos herrscht und wo große historische Ereignisse zu erwarten sind“. Auch der Kriegsminister Hurley, Landwirtschaftsminister Hyde und Unterstaatssekretär Chapin ergriffen das Wort, um den Kongreß von der gefährlichen Absicht abzubringen, aber die Senatoren haben, dem Beispiel des Abgeordnetenhauses folgend, den entscheidenden Schritt doch getan. Die Philippinen werden frei, allerdings erst in einigen Jahren.

Und nun kommt die eigentliche Ueberresauna: Niemand ist mehr über den Beschluß des Kongresses emvört als die Einwohner der Philippinen selbst. Sie lehnen die ihnen gebotene Freiheit ab. Sie wissen nämlich sehr gut, daß die Freiheit der Amerikaner kein anderes Ziel verfolgt, als

die Philippinen dem endgültigen wirtschaftlichen Ruin preiszugeben. Will doch Amerika keine Kolonie loswerden, um sich von der Einfuhr aus den „unabhängigen“ Philippinen durch hohe Zölle zu schützen. Das ist die einzige Erklärung für das merkwürdige Verhalten des amerikanischen Kongresses, und das ist auch der entscheidende Grund dafür, daß die Einwohner der einzigen amerikanischen Kolonie es unter den obwaltenden Umständen vorziehen, weiterhin den Vereinigten Staaten anzugehören.

Die Philippinen sind eine Inselgruppe im asiatischen Teil des tropischen Pazifik. Sie besteht aus 3141 Inseln, die insgesamt eine Fläche von rund 300.000 qkm einnehmen. Die Zahl der Einwohner beträgt 13 Millionen, wovon nur etwa 65.000 Fremde sind. Alle übrigen Einwohner der Philippinen sind Filipinos, die zur malaischen Rasse gehören.

Die Philippinen wurden 1543 nach dem damaligen spanischen Kronprinzen und späteren König Philipp des Zweiten „getauft“. Ihr ursprünglicher Name war „Inseln des heiligen Lazarus“, so ernannt im Jahre 1521 durch den berühmten Weltumsegler Magellan (Megalhaes). Sie wurden 1565 von den Spaniern besetzt, die sie zunächst in erster Linie als einen Stützpunkt des Handels mit China benutzten. Erst im 18. Jahr-

hundert begannen die Spanier sich mit den Philippinen näher zu beschäftigen, den Boden zu bebauen und die Bevölkerung zu bilden. Diese letzte Aufgabe hatten die geistlichen Orden übernommen, die gleichzeitig die Kolonisation der Inseln in ihren Händen hatten.

Das spanische Regiment zeichnete sich durch ungeheure Rücksichtslosigkeit und Brutalität aus. Die Verfolgungen, denen die Filipinos ausgesetzt waren, führten im Jahre 1878 zu einem Aufstand, der beinahe ein Vierteljahrhundert dauerte. Zwar konnten die Spanier in einzelnen Schlachten die Filipinos schlagen, aber gegen den Guerillakrieg der gesamten Bevölkerung waren sie hilflos. Als im April 1898 der Krieg zwischen Spanien und Amerika ausbrach, hatten die Spanier nicht nur gegen die amerikanische Flotte, sondern auch gegen den Feind im Inland zu kämpfen. Spanien wurde besiegt und mußte im Frieden von Paris am 10. Dezember 1898 die Philippinen an die Vereinigten Staaten gegen Zahlung von 20 Millionen Dollar abtreten.

Die Filipinos waren durch diese Wendung wenig erfreut. Sie hofften, daß Amerika die einige Monate vorher proklamierte philippinische Republik anerkennen würde, und waren bitter enttäuscht, als ihre Heimat sich aus einer spanischen Kolonie bloß in eine amerikanische verwandelte. Durch die Unterdrückung und Ausbeutung durch die Amerikaner haben sie bis zum heutigen Tage erbittert gekämpft. Sie wollten freierwerden.

Amso interessanter ist ihr jetziger Widerstand gegen die „Freigabe“ der Philippinen, die natürlich mit einer wahren Selbständigkeit dieser Inseln nichts zu tun hat, da Amerika seinen wirtschaftlichen Einfluß auf den Philippinen nach wie vor zu schützen wissen wird.

Die Philippinen sind sehr reich an Metall, Erdöl und Kohle. Die philippinischen Plantagen produzieren Hanf, Zucker, Kaffee, Reis, Tabak, Indigo. Im Laufe der Jahre hat die Zuckerproduktion einen besonderen Umfang erreicht. Die Filipinos sind ein sehr intelligentes Volk, das bis auf den heutigen Tag in der spanischen Kulturtradition lebt. Die Amerikaner haben übrigens viel für die Bildung der Einzelnen getan. So besitzt die Hauptstadt der Philippinen, Manila, (zirka 300.000 Einwohner) zwei Universitäten und mehrere wissenschaftliche Forschungsinstitute. Die Amtssprache auf den Philippinen ist zur Zeit englisch, die Geschäftssprachen sind englisch und spanisch nebeneinander. Eine Reihe von Zeitungen erscheinen zweisprachig.

Die Philippinen hatten im Laufe der Jahre einen starken Zuzug der Japaner und besonders der Chinesen aufzuweisen gehabt. Die Filipinos befürchten, daß die gelbe Einwanderung nach der „Freigabe“ der Philippinen ins Unermeßliche steigen wird. Diese Befürchtungen bilden einen der Gründe für die Weigerung der Eingeborenen, ihre „Freiheit“ aus der Hand der Amerikaner anzunehmen.

